

# Sächsische Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Jahrgang 214 für Anhalt und Thüringen. 1921 Nr. 97

Bezugspreis: Für die Provinz Sachsen monatlich 1,20 M., vierteljährlich 3,50 M., halbjährlich 6,50 M., jährlich 12,00 M. Durch die Post bezogen zu jedem Postamt. Sonntagsausgabe. Anzeigenpreis: Die Spalte 34 mm breit (einschließlich 10 mm) die Spalte 10 mm breit (einschließlich 10 mm) 200 M. pro Zeile. Sonntagsausgabe 100 M. pro Zeile. Die Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 80. Fernruf Amt Karstadt Nr. 6399. Eine Berliner Schriftleitung. — Der Red. u. Druck von Otto Uebels, Halle-Saale.

### Amerika greift ein

#### Hardings Präsidentschaftsprogramm

W. London, 26. Februar.

„Times“ melden aus Washington über das Programm des neuen Präsidenten für die auswärtige Politik in Amerika, daß dem Kongreß sehr bald eine Entschädigung hinsichtlich der des Senators Knox unterbreitet werden wird, in bezug der Kriegsausgaben zwischen Amerika einerseits und Deutschland und Oesterreich andererseits für beendete erklärt wird. Der neue Staatssekretär Hughes hat mit zahlreichen Außenpolitikern über die in der Außenpolitik zu befolgenden Richtlinien beraten. Unter den ihm unterbreiteten Vorschlägen befand sich eine eigene Erklärung, daß die einzige Hoffnung für eine baldige Beendigung Europas darin liegt, daß England und Amerika ihre kontinentalen Gebietsansprüche freilegen und die Regelung der deutschen Reparation vereinbaren, um die Gefahr, die in der französischen Forderung des Gebiets zu bestehen, liegen, zu beseitigen. Soweit beurteilt werden kann, ermächtigt die neue amerikanische Regierung nicht die Streichung dieser Schuld. Der Urheber dieses Gedankens bezieht aber die Anschauung einer wachsenden Zahl von Amerikanern.

#### Gegen französische Invasionspläne

b. London, 26. Februar.

Zu der bevorstehenden Reparationskonferenz schreibt „The New Statesman“ u. a., die Aussichten für einen Ausgleich seien nur sehr gering. Es sei unmöglich, daß Deutschland das Pariser Reparationsabkommen annehme. Briand könne kaum einen Schritt nachgeben, ohne einer sicheren Niederlage in der französischen Kammer bei seiner Rückkehr nach Paris gegenüberzustehen. Lloyd George sei der einzige der führenden Unterhändler, der sowohl freie Hand habe, und viel hängt davon ab, was er tun könne, um eine Formel zu finden, die einen verhängnisvollen Abbruch der Verhandlungen verhindere. Kein Mann verleihe es besser als Lloyd George, Friedensformeln zu finden, wenn er wolle (was augenblicklich unabweisbar der Fall sei). Aber die Schwierigkeiten scheinen fast unüberwindlich, denn es sei kein Geheimnis, daß eine sehr starke Partei, vielleicht die Hälfte in Frankreich, den Mißerfolg der Reparationskonferenz wünsche, damit sofort die Sanctionen in Kraft gesetzt werden könnten. Es heiße, die französische Armee sei marschbereit, um das Hauptindustriegebiet Deutschlands zu besetzen und den wirtschaftlichen Ruin der deutschen Industrie zu vervollständigen. Um diese Katastrophe zu verhindern, werde Lloyd George wahrscheinlich gezwungen sein, es deutlich zu machen, daß eine solche Aktion zu einem endgültigen Bruch der französisch-englischen Beziehungen führen würde.

### Die vaterländische Notwendigkeit

von Professor G. v. D. e. l. o. m.

Unser Programm ist stets gewesen, das Vaterland über die Partei zu stellen, mit der Partei nur um zu dienen. Wenn wir eine Partei bilden, so geschieht es nur um des Vaterlandes willen. Es trifft sich aber jetzt so, daß durch die eigenen Meinungen der anderen Parteien die Unentbehrlichkeit, die Notwendigkeit unserer Partei dargelegt wird.

Ein Führer der deutschliberalen Volkspartei hat kürzlich erklärt, seine Partei sei „keine rechts orientierte“ Partei und wolle eine solche auch nicht werden. Andere Mitglieder dieser Partei haben erklärt, ihre Aufgabe sei, eine Mittelpartei zu sein. Wenn aber eine Partei nur Mittelpartei sein will, so muß auch eine starke Rechtspartei da sein; sonst bleibt für eine Mittelpartei keine Möglichkeit. Und das außer den Deutschnationalen keine Rechtspartei gibt (das heutige Zentrum will kein Erbrücker Linksrecht sein), so müssen die Deutschliberalen um den besten Wahlverlierer kämpfen. Wir behaupten es zwar, daß sie nicht mit uns auf der rechten Seite stehen, sich nicht — wie wir es stets gewünscht — mit uns vereinigen wollen. Ihr Programm ist ja tatsächlich ganz „rechts“, in allen wesentlichen Punkten ganz das unrige. Da sie nun aber einmal sich nicht mit uns vereinigen, sondern links von einer Rechtspartei stehen wollen, so müssen sie, wie bemerkt, einen entscheidenden Sieg wünschen. Denn sonst werden sie von der Linken ganz nach rechts gedrückt, und dazu bin die Partei nicht unter die Füße gebracht. Es ist die im heutigen Bismarckum selber nicht weit verbreitete Furcht, als „Reaktionär“ zu gelten, wenn man sich „rechts“ stellt, was die Deutschliberalen aber nicht, „reaktionär“; wir ziehen vielmehr aus den gegenwärtigen Verhältnissen kaltblütig die notwendigen Folgerungen. Aber es bleibt dabei, daß es heute darauf ankommt, recht zu stehen. Denn links ist der fürchterliche Sumpf, den es zu befeuchten gilt.

Die Revolution hat uns mit der parlamentarischen Verfassung beglückt; sie hat ganz und gar nicht auf unsere Zukunft; das zeigt sich tagtäglich. Aber wir haben sie nun einmal, und da wir uns den gegenwärtigen Verhältnissen kaltblütig die notwendigen Folgerungen ziehen, so haben wir mit der parlamentarischen Verfassung noch Möglichkeit auszukommen und vor allem unsere Parteibekämpfung zu gestalten, daß eine parlamentarische Regierung wenigstens zeitlich möglich wird. Obwohl das parlamentarische Ideal ja nie vollständig erreicht werden wird, so kämpfen wir doch immer von neuem unermüdet dafür, die erforderlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß wir parlamentarisch wenigstens zeitlich regiert werden. Die erste Voraussetzung dafür ist eine große bürgerliche, nationale Front. Für sie kämpfen wir unausgesetzt. In Bayern ist dies Ziel, unter weitestlicher Mitwirkung unserer dortigen Parteifreunde, erreicht. Für das Reich hat unsere Partei es, leider vergeblich, erstritten. Für Preußen schaffen die neuen Wahlen hoffentlich die notwendigen Voraussetzungen, es nach freilich darauf ankommen, ob die anderen bürgerlichen Parteien die Hand dazu bieten. Wir dürfen in vollem Umfang sagen: unsere Partei ist die verfassungstreueste von allen. Wir kämpfen unentwegt dafür, daß mit der jetzigen Verfassung wenigstens noch gewirtschaftet werden kann, während die Linksparteien durch den Mißbrauch, den sie mit ihr treiben, den Beweis dafür erbringen zu wollen scheinen, daß sie uns schnell in den Abgrund föhrt.

Ein besonders heiliger Punkt bei der parlamentarischen Verfassung ist die Frage der Unabhängigkeit des Beamtentums. Auf irgend eine Weise muß dafür gesorgt werden, daß wenigstens die Mehrzahl der Beamten von parlamentarischen Beeinflussungen frei bleibt. In England ist dies Ziel zeitlich erreicht. Für Deutschland erweist wiederum unsere Partei das gleiche Ziel. Auch damit erweist sie sich als die verfassungstreueste Partei, als diejenige, die das parlamentarische System vor Mißbrauch zu schützen, die jetzige Verfassung noch möglich zu machen hilft. Dagegen die Linksparteien mißbrauchen das parlamentarische System hier wieder auf schamlose Weise. Ein hochachtungsvoller bayerischer Politiker sagte mir vor einigen Tagen: „Wenn die politische Rechte nicht bei den preussischen Wahlen liegt, dann wird das preussische Beamtentum vollkommen forrumpiert.“ Die jetzt in Preußen herrschenden Parteien teilen die vorhandenen Mittel untereinander auf; die Beamter werden in diesem Sinne „politisiert“. Wie dieses geschieht, das läßt sich leicht feststellen. Der Fall mit dem Regierungspräsidenten, dessen Tippkräften kürzlich erwidert, jetzt habe sie für endlich so weit, daß er auf den Affenklaffen keine Unterdrückung an der rechten Seite setze, ist nur einer von vielen. Die finanzielle Verdrängung ist die Begleiterscheinung der Unfähigkeit. Wie ein Mann müßte sich die Linksparteien erheben, wenn etwas derartiges bekannt wird. Aber sie schwächen sich kommen hilflos. Das Zentrum darf nicht über schlechte sozialdemokratische Beamte lachen; denn die Welter sind ja auf die herrschenden Parteien aufgeteilt. Wollte das Zentrum an einen Beamten einer anderen Partei Kritik üben, so würde es zurückgeschallen: „Recht vor deiner eigenen Tür; du

### Die deutschen Gegenentwürfe für London

Nach dem „Lof.-Anz.“ wird der größte Teil der Sachverständigen sich frühestens am Dienstag nach London begeben. Ueber die Gegenentwürfe selbst wird dem „Lof.-Anz.“ von hervorragender volkswirtschaftlicher Seite betont, daß sie nach der Art ihrer Ausarbeitung ausgesetzt sind. Ihr Urheber ist der Herr Dr. Schmidt. Es kommt nicht hier um einen neuen Entwurf, der erste hatte den hiesigen Professor Dr. Kohn zum Verfasser. Dieser Vorschlag wurde als nicht geeignet betrachtet. Wie weiter verfahren wird, geht der zweite Vorlog weit über das Maß dessen hinaus, was nach Ansicht der Sachverständigen von Deutschland geleistet werden kann. Dem Reichsminister Dr. Simons wird ein gewerkstofflicher Gegenentwurf. Bekanntlich sollen an den Londoner Verhandlungen nur qualifizierte Vertreter Deutschlands teilnehmen. Die Sachverständigen sollen nach der Forderung der Alliierten nur als Berater der deutschen Vertreter nach London begeben, an den Verhandlungen selbst aber nicht teilnehmen. Bei den Verhandlungen in Berlin wurde demnach angeregt, Dr. Simons einen Generalkonferenzbeauftragten des Reiches zu sein, daß man so auf die englische Seite übertritt und damit auf Lloyd George werde einwirken können — eine Erwartung, die sich indessen kaum erfüllen dürfte.

### Militärische oder wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen?

w. Paris, 26. Februar.

Der Londoner Korrespondent des „Reit Parisien“ glaubt zu wissen, falls sich das Gerücht bewahrheitet, daß man in gewissen amtlichen Kreisen geneigt sei, den militärischen Zwangsmaßnahmen wirtschaftliche vorzuziehen, so würde ein Vorschlag in diesem Sinne von französischer Seite wohl nicht angenommen werden. Die Entwarnungsfrage dürfte in der nächsten Woche von neuem aufgeworfen werden. Der Berichterstatter glaubt zu der Erklärung ermächtigt zu sein, auf französischer Seite werde man energisch darauf bestehen, daß die Reparationsfrage vor die Entwarnungsfrage gestellt werde, die man in Frankreich als bereits geregelt betrachtet.

### Die Aussichten der Eisenbahnen

w. Berlin, 26. Februar.

Zum Hauptgegenstand des Reichstages wurde heute die Debatte über den Etat des Reichsverkehrsministeriums für 1921-22. Minister Coenen führte aus, durch persönliche Führungnahme sei er überzeugt, die Einheitskraft der Verwaltung zu sichern. Es sei gelungen, mehrere Beschränkungen zu erreichen, obwohl infolge des steigenden Preisniveaus der Preise den Eisenbahnen besonders schwierige Aufgaben gestellt werden. Er sehe es als die erste Aufgabe der Verwaltung an, den technischen Apparat auf dem möglichst hohe Stufe zu bringen, um allen Anforderungen des Verkehrs genügen zu können. Überdies sei er bemüht, das innere Gerüste der Verwaltung zu festigen und überall den modernen Gedanken der Wirtschaftlichkeit durchzuführen. Er wolle nicht an übermäßige Zentralisation in Berlin. Die Beschaffung der Staatsbahnen in wirtschaftlich-wirtschaftliche Betriebe lehnt er ab. Die Reichseisenbahnenverwaltung dürfe nicht im bürokratischen System der Verwaltung eingefangen bleiben, wenn sie den schnell wachsenden Bedürfnissen der Wirtschaft folgen solle.

Die bevorstehenden Tarifserhöhungen seien unbedingt nötig, um das Betriebsdefizit zu decken. Es sei notwendig, die Betriebskosten eines Betriebes zu decken, was durch Steuern anzufragen. Die Beschäftigung des Reichstages werde in der Weise zu erfolgen haben, daß zehn Milliarden durch Tarifserhöhungen und fünf Milliarden durch Eisenbahnen eingebracht werden. Die Verminderung des Personal sei im Wege und werde auch weitestgehend auszunutzen sein müssen.

### Dabei werde jedoch an pöbliche Massenentlassungen nicht gedacht.

Auf die Ausgestaltung des Fahrplans sei er besonders bedacht. Eine Besserung hierin könne aber nur allmählich nach Wegnahme der veralteten Lokomotiven und Lokomotiven erfolgen. In erster Linie werde er dabei den Berufs- und Arbeitsverträge zu denken haben, aber auch der internationalen Verkehr müsse angedacht werden. Der Wagenpark sei in den meisten Fällen Mangel an betriebstüchtigen Lokomotiven. Der Bedarf an Wagen für die wichtigen Güterverkehrsverbindungen sei im Januar rechtzeitig gedeckt worden. Das volle Überzeugung ist er für die Verbesserung der materiellen Lage der Eisenbahnen in den Grenzen des Möglichen einzutreten. Er hoffe, daß man eine allmähliche Verbesserung des Personalstandes einleite.

Die Verleumdung der Diebstähle habe unannehmlich einen Erfolg aufzuweisen. Er habe für die Bestrafung gegeben, alle Schädlinge rüchlos aus dem Eisenbahnbetrieb zu beseitigen. Die Arbeitsmittelliste des Reichs ist im erfreulichen Zunehmen. Besonders bei den älteren Beamten, deren Entlassung wieder im Gange sei, sei dies merkwürdig. Der Arbeitsnachweis habe durch seine ständige Einführung in die Eisenbahnenverwaltung ohne die notwendige Vorbereitung zu großen Schwierigkeiten geführt. Diese Schwierigkeiten müßten durch verhältnismäßige Anwendung dieses Verfahrens beseitigt werden. Ein Verbot über die Arbeitsstellen der Eisenbahnen sei in Vorbereitung, durch das, wie er hoffe, auch diese Schwierigkeiten beseitigt werden müßten. Anzunehmen ist alles Einzelne, um die Schäden schon jetzt zu vermindern. Er freue sich, feststellen zu können, daß er dabei beim Personal auf großes Verständnis stöße.

Wester  
Lester  
Kfio  
Medwoc  
Wald, Na  
he, am  
Miniatu  
liquität  
egenstän  
ien.  
ge  
lungen  
zu hab  
Hul  
81  
Sanator  
EL.  
olitarer  
oatst. 9  
all-







# Der Sinn der Breußenwahlen

Von Helmut Böttcher.

Das Ergebnis der am 20. Februar stattgefundenen Breußenwahlen kann solange nicht endgültig sein, als nicht über das Schicksal Oberrieselien entschieden ist. Da in diesem Gebiet in kurzer Zeit eine Volksabstimmung zu erwarten ist, sind hier die Paragrafen verlagert worden, um die notwendige Einsicht der breußischen Bevölkerung durch parteipolitische Auseinandersetzungen nicht zu gefährden. Deshalb werden die am 26. Januar 1919 zur preußischen Nationalversammlung in Oberrieselien gewählten Abgeordneten vorläufig auch in den preußischen Landtag einzutreten, und die Nachwahl wird vorgenommen werden, sobald durch die Volksabstimmung Oberrieselien als deutsches Gebiet erklärt worden ist. Durch diese Nachwahl wird sich dann das Bild der jetzt schon zu überlebenden Breußenwahlen noch ändern. Gegenwärtig ergibt der Preußische Landtag folgende Zusammenfassung:

Aus Kreis-wahlberei- teten	Aus der Ver- rechnung der Ober- rieseligen Bestimmungen	Aus- rechnung der Ober- rieseligen	Zu- sammen	
Deutschnationale Volkspartei . . . . . 62	12	—	75	
Deutsche Volkspartei 48	10	—	58	
Wirtschaftspartei . . . . . 1	3	—	4	
Zentrum . . . . . 64	6	11	81	
Deutschnoborderaner 9	2	—	11	
Demokraten . . . . . 14	11	1	26	
Wirtschaftssozialisten 97	12	7	114	
Unabhängige . . . . . 18	9	2	29	
Kommunisten . . . . . 20	10	—	30	
	333	73	22	428

Mit diesen vorläufig 428 Abgeordneten hat der Landtag noch eine größere Stärke erreicht als die Nationalversammlung mit 401 Abgeordneten. Das neue Maßstab hat also bisher gezeigt, daß jetzt eine noch größere Anzahl von Wählern an der Staatsstimmung offen können als vorher schon. Das Gebot der Sparsamkeit scheint auf parlamentarischen Gebiete seine Geltung zu besitzen. Da der Landtag in der Berufung ganz ungleich geringere Aufgaben zu erfüllen hat als in der alten Monarchie, hätten 300 Abgeordnete wohl vollst. genügt.

Wenn man erkennen will, wie die einzelnen Parteien aus den Wahlen hervorgegangen sind, dann wird man zweifellos feststellen, daß die Stimmenzahlen nicht vom 26. Januar 1919, sondern vom 6. Juni 1920 zum Vergleich heranzuziehen, ein genaueres Bild über wird man auch dann nicht erhalten, da Ostpreußen und Schleswig-Holstein am 6. Juni nicht mitabgerechnet hatten und Oberrieselien aus jetzt wieder ausfallen mußte. Endlich liegen auch noch nicht die endgültigen, sondern nur vorläufige amtliche Ziffern vor. Immerhin wird der Gesamteindruck der Breußenwahlen durch die Nachwahlen und die letzten amtlichen Ziffern nicht mehr verändert worden. Man kann heute schon deutlich übersehen, welche Wirkung die einzelnen politischen Ideen in der Bevölkerung gefunden haben, und wie die innerpolitische Stimmverteilung sich nunmehr im einzelnen gestaltet. Das Stimmverhältnis der verschiedenen Parteien zueinander ergibt folgende Uebersicht:

	am 20. Februar	am 6. Juni
Deutschnationale Volkspartei	2 892 667	2 151 957
Deutsche Volkspartei	2 296 587	2 292 450
Zentrum	2 964 002	2 708 356
Demokraten	877 463	1 081 025
Wirtschaftssozialisten	4 178 286	3 262 617
Unabhängige	1 055 293	2 292 922
Kommunisten	1 207 695	187 577

Bei dieser Zusammenstellung der Stimmen muß berücksichtigt werden, daß am 6. Juni Ostpreußen und Schleswig-Holstein an der Abstimmung nicht beteiligt waren, und demgemäß die Zahlen vom 6. Juni eine entsprechende Ergänzung erfahren müssen, wenn die Gegenüberstellung ein unanfechtbares Bild ergeben soll.

Für die Deutschnationale Volkspartei ergibt sich dadurch folgende Uebersicht, für hat im preußischen Wahlgebiet unter Ausschluß von Oberrieselien erhalten:

	Stimmen
	2 892 667

Wahlgewinn sind hierdurch die Stimmen, die sie nach amtlicher Fassung erhielten:

in Ostpreußen . . . . .	290 643
in Schleswig-Holstein . . . . .	140 354 = 430 997

Wählen somit für den Teil Breußen, der am 6. Juni 1920 gewählt hätte

am 6. Juni 1920 hatten die Deutschnationalen in Breußen, soweit es damals wählte, laut amtlicher Statistik des Deutschen Reiches, 2b. 291, II, Seite 121, erhalten . . . . .	2 151 997
--	-----------

Der Gewinn beträgt demnach für Breußen ohne die obigen beiden Provinzen . . . . .

309 673
---------

Nach derselben Rechnung ergibt sich für die Deutschnationale Volkspartei folgende Tabelle:

Deutsche Gesamtsumme . . . . .	2 296 587
in Ostpreußen . . . . .	138 794
in Schleswig-Holstein . . . . .	127 407 = 266 201

Wählen 2 000 386

am 6. Juni 1920 im damaligen Wahlgebiet erhalten	2 252 450
--	-----------

So ergibt sich ein Verlust der Deutschnationalen

Wahlkreis für das preußische Gebiet, das am 6. Juni 1920 gewählt hat, von . . . . .	252 084
(= ungefähr 11 Prozent).	

Der Gewinn der Deutschnationalen und der Verlust der Deutschen Volkspartei würden noch klarer hervortreten, wenn am 6. Juni auch in Ostpreußen und Schleswig-Holstein hätte gewählt werden können; denn aus der Tabelle geht, daß die Deutschnationalen seit dem 6. Juni in allen Wahlkreisen zugenommen, und die Deutsche Volkspartei seit jener Zeit fast überall verloren hat. Lann man schließen, daß dieser Verlust der Deutschnationalen am 6. Juni in Ostpreußen und Schleswig-Holstein weniger als 430 997 Stimmen

aufgebracht haben würden, und daß andererseits die Deutsche Volkspartei damals in jenen Gebieten mehr als 296 201 Stimmen erhalten haben würde. Auch muß man nach dieser Erörterung in Betracht ziehen, daß die Deutschnationale Volkspartei in Oberrieselien bei der Nachwahl ebenfalls gewinnen wird, vielleicht noch leichter als anderswo, denn in national gefährdeten Gebieten hat sich die Bevölkerung immer am häufigsten derjenigen Partei zugewandt, welche den nationalen Gedanken mit der größten Entschiedenheit vertritt. Aber auch, wenn man nur den jetzigen Wahlmodus, ohne Berücksichtigung der gegenwärtigen Kräfteverteilung der Parteien, auf die am 26. Januar 1919 in Oberrieselien abgegebenen Stimmen anwendet, würden jetzt erhalten haben: die Mehrheitssozialisten 4 (nicht wie damals 7), das Zentrum 7 Sitze (nicht wie damals 11), die Deutschnationalen wie damals 1 und die Unabhängigen ebenfalls 1 Sitz (nicht wie damals 2 Sitze), während die anderen Parteien leer ausgingen würden. Demnach würde das Zentrum im neuen Landtage nicht 81, sondern 77 Abgeordnete aufweisen, mithin nur 2 mehr als die Deutschnationalen, und es ist sehr wahrscheinlich, daß durch die Nachwahlen in Oberrieselien die Zahl der deutschnationalen Abgeordneten größer werden wird als die des Zentrums. (Am Reichstage ist die deutschnationale Fraktion infolge der Nachwahlen in Ostpreußen und Schleswig-Holstein bereits zur stärksten aller nichtsozialistischen, d. h. aller Volks-Parteien geworden. Nur eine der Massen-Parteien, die Mehrheitssozialisten, steht ihr noch voran. Das Zentrum, bisher 67, jetzt 68 Sitze stark, ist von den Deutschnationalen überholt worden, die bisher 66 Abgeordnete hatten und jetzt über 71 Abgeordnete verfügen.) Schieflich wird die Entwicklung jedenfalls auch in Breußen ihren Gang nehmen.

Die Deutsche Volkspartei sucht ihren Verlust dadurch zu erklären, daß ihr die neuerrichteten Wirtschaftskreise bei den Wahlen abgegangen habe. Da die letztere aber nur etwa 180 000 Stimmen erhalten hat und die Deutsche Volkspartei mit 250 000 Stimmen verloren hat, bleiben immer noch etwa 70 000 Stimmen übrig, die nur zur Deutschen Volkspartei gegangen sein können. Wenn wir uns dieser Auffassung anschließen, so erhalten wir zwei wichtige Erkenntnisse. Einmal liegt in der Erklärungswere eine Anerkennung, daß die Interessen der Mittelstandskreise von der Deutschnationalen Volkspartei in hervorragender Weise vertreten werden, denn von hier aus ist keine Abwanderung mittelständiger Stimmen zur „Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes“ erfolgt, zum andern aber liegt darin das Eingeständnis, daß die Deutsche Volkspartei nicht völlig ihr, die Interessen des Mittelstandes zu vertreten, denn sonst würden sich diese bisher bei ihr gewesenen Kreise doch nicht abgewandt und eine neue Partei gegründet haben. Der Verlust der Deutschen Volkspartei wird in der Hauptsache aber darauf zurückzuführen sein, daß diese Partei nach dem 6. Juni ohne die Deutschnationalen in der Regierung eingetreten ist und seit jener Zeit mit verheerender Fortschrittskraft hat. Anstatt ihre volle Kraft möglichst schnell an der Spitze der Deutschnationalen gegen die demokratisch-sozialistischen Internationale zu wenden, haben die Volksparteier dieselben den Angriff fast ausschließlich gegen die Deutschnationalen Volkspartei gerichtet. Erklärungsweile haben sie damit hier und dort auch Verbreitung in die Reihen der Deutschnationalen getragen, in der Hauptsache aber hat sich die Deutsche Volkspartei damit selbst geschadet.

Von großer Wichtigkeit ist auch die Frage, aus welchen Reihen die Deutschnationalen Volkspartei ihren Zuwachs von über als 300 000 Stimmen erhalten hat. Von der Deutschen Volkspartei ist nur ein geringer Bruchteil gekommen, obwohl von der Demokratischen Partei. Die Masse des Zuwachses mehr als 250 000 Stimmen, stammt dagegen aus den Reihen der sozialistischen Parteien. Das ist das eigentlich Erreichte und Bedeutungsvolle an diesen Breußenwahlen: es ist gelungen, in die marxistische Front der deutschen Arbeiter Bewegung zu legen! Der deutsche Arbeiter beginnt das Tragische des Sozialismus zu erkennen und sich wieder dem nationalen Gedanken zuzuwenden. Der Kampfzug „Mit der Arbeiterkraft gegen die Sozialdemokratie“ hat in den Herzen der deutschen Arbeiter Wiberhol gefunden. Die sozialistischen Parteien haben, so hoch man auch den Gewinn der Mehrheitssozialisten ansehnen mag, insgesamt doch nicht unbedeutend verloren, und durch das Anwachsen der Kommunisten ist ihre Gesamtmacht im Parlament erheblich geringer geworden.

Gewonnen haben bei den Wahlen in erster Linie die beiden Seitenflügel und innerhalb des ganzen Parteifeldes die deutsche Partei, welche am konsequenteren vorgegangen ist, die Mehrheitssozialisten. Verloren haben die Zwischenparteien der Unabhängigen und der Demokraten und die Deutsche Volkspartei. Die bei den Wahlen hervorgetretene allgemeine Erregung, die sich in dem Abwanden der Wähler aus den Mittelparteien nach den beiden Seitenflügel äußerte, zeigt sich im Kleinen auch innerhalb der drei sozialistischen Parteien. Auch die sozialistische Mittelpartei der Unabhängigen hat eine erhebliche Schwächung erfahren zugunsten der Mehrheitssozialisten und der Kommunisten. Hier wie dort liegt der hervorzuhebenste Zug des Wahlergebnisses darin, daß die Wählerkraft in der Hauptklasse denjenigen Parteien zugeflammt ist, welche aus entscheidenden Grundlag politisch streben, wie es nach der einen oder nach der anderen Seite, und in denen die Meinung, zu irgendwelcher Kompromisspolitik am geringsten vorhanden ist. Darin liegt die Bedeutung des Verlangens der Bevölkerung nach Klarheit, Folgerichtigkeit und Entschiedenheit wider, nach einer Politik der vollen Mittellinie. Andererseits liegt darin aber auch die Verurteilung einer Politik der Halbheiten, der Nachgebensheit und der Zugeschämtheit. Die Bevölkerung hat zum Ausdruck gebracht, daß sie die Fortsetzung einer Politik des Fortwärtens ablehnt und eine Politik auf weite Sicht wünscht, durch die festgelegten Zielen kraftvoll und unbeeinträchtigt wird.

Nicht minder lehrreich ist auch die Tatsache, daß die nichtsozialistischen Parteien insgesamt erheblich zugenommen, die drei rein sozialistischen dagegen stark verloren haben. Daraus kann man entnehmen, daß der Glaube der Bevölkerung an den Sozialismus im Schwanden begriffen ist, und daß insbesondere die Meinung für den Radikalismus der Wähler nachgelassen hat. Die zurückliegenden Jahre, in denen die Sozialdemokratie reichlich Gelegenheit hatte, ihr Programm zu verwirklichen, haben der Bevölkerung zum Bewußtsein gebracht, daß auf diesem Wege eine Besserung der Verhältnisse und ein Aufstieg Deutschlands nicht möglich ist. Wenn sich die Zeit Jahrzehnten gepredigte sozialistische Lehre in der Köpfe der Arbeiter und Handarbeiter auch so festgesetzt hat, daß in der kurzen Zeit seit der Revolution ein wesentlicher Umschwung noch nicht zu erreichen war, so ist nach dem sozialistischen Hoffungsbruch doch bereits eine erhebliche Ernüchterung eingetreten, die ein erfolgreiches Nachdenken der Arbeiterkraft über den Wert der sozialistischen Regierungstätigkeit erwarten läßt.

Endlich haben die Breußenwahlen erkennen lassen, daß die Bevölkerung innerhalb der nichtsozialistischen Parteien am stärksten dahin gesteuert ist, wo der nationale Gedanke am kraftvollsten vertreten wird, nämlich in der Deutschnationalen Volkspartei, während die national immer recht unzuverlässigen Demokraten auch weiterhin verloren haben. In diesem Umfange tritt erneut in die Erscheinung, daß die Bevölkerung den Aufstieg Deutschlands nicht durch irgendwelche internationale Verflechtung und Verbrüderung, sondern vielmehr durch die eigene Kraft und Tüchtigkeit des deutschen Volkes selbst herbeiführt, durch die Verwirklichung des nationalen und des sozialen Gedankens zu einer wirklichen Volksgemeinschaft, in der es für Klassenhass und Klassenkampf keinen Raum gibt.

Zusammenfassend kann man den Sinn der Breußenwahlen also dahin formulieren, daß die Bevölkerung die Anwendung von der sozialistisch-demokratischen Politik des Internationalismus, des Experimentierens, der Halbheiten und der Unentschiedenheit verlangt, und die Zueignung zu einer kraftvollen und zielstrebigen national-sozialistischen Politik auf der Grundlage der bewährten preußischen Ueberlieferungen erstrebt.

Diesem Umfange möchte, sofern man den Volkswillen respektieren will, bei der Regierungsbildung Rechnung getragen werden, und zwar sowohl in Breußen wie im Reich. Denn auch bei den Reichssozialisten im verengten Sinne ist die Meinung schon ganz unmerkbar hervorgetreten, und ihre Bekräftigung seit jener Zeit haben die Breußenwahlen eindringlich vor Augen geführt. Da wir zudem demokratisch-parlamentarisch regiert werden und Demokratie, wie man uns sagt, Volkswille und Gerechtigkeit bedeuten soll, so dürfte man danach mit gutem Recht die Bildung einer nationalen Regierung erwarten, in welcher die Deutschnationalen die Führung begeben.

## Kanallein

Das Fremdwort der Ueberschrift ist mit Recht gewählt. Für das Geisteswort, von dem in der nachstehenden Zeitschrift in der „Reiziger Allgemeinen Zeitung“ die Rede ist, erscheint uns jeder Ausdruck der deutschen Sprache zu schade. Die erwähnte Zeitschrift aus Brest-Litowsk lautet:

„Reise ich da Freitag voriger Woche im D-zuge durchs Rheingebiet. Mir gegenüber sitzt ein ansehender bester Oberpaar, das in bestem Diskus mit einem deutschsprachigen Oberingenieur geredet ist. Es entspinnt sich eine Unterhaltung. Der Ingenieur behauptet, Deutschland liege militärisch noch lange nicht am Boden und wenn der Krieg nochmals nach Jahren entsetzt werden sollte, dann gehen auch Drittel des deutschen Volkes nochmals gegen Frankreich mit. Hierbei erregt sich der junge Chemiker, daß er ausruft: „Ich bin ein Deutscher, in Oberfeld zu Hause; aber sehen Sie, ich reise nur umher, um Waffen aufzuspielen, und wo ich werde, das zu viel Saps oder Reichswehr in einzelnen Städten vorhanden ist, gebe ich sofort der französischen Behörde davon Kenntnis. Ich habe in den letzten sechs Wochen nicht weniger als 46 Gefährte aus Zimmern, Sonthofen, Oberdorf in Bayern durch die Grenzkontrollen herausgelassen.“ Hierbei zeigte er Zeichnungen von Schienen, die seinen Meier ein Durchschlagen am Rhein mit Gefährde der Reichswehr gehalten hätten. Auf der Wabe gab er mir einen 40 Kalibergewehr herausgelassen lassen. Durch Schriftstücke mit der französischen Behörde was er diese hätte nach. Er arbeitet noch mit über dreißig Agenten. Seine Reise geht jetzt nach Brüssel, Götter und dem Herz, denn hier sei noch vieles vorhanden, was heraus müßte, denn Preußen müsse militärisch vermindert werden.“

Was Vorstehendes liest ich mich in das Gespräch mit ein, doch jetzt rufe das Schicksal; der Herr aus München sei ins Wort und sagt: „Dann sind Sie ein kompletter S. ausruft.“ Die weibliche Begleitung des Entenpöbels, dem Dialekt nach eine Schänke aus Leipzig, rief nun: Deutschland hat das verurteilte Land, das nur vom Werten und Kräfte führen geht; habe. Es gibt nur ein Ziel: Das von Berlin, Rheinland den Franzosen, und es sei bereits gemacht. So, wo der Engländer läge, ginge er auch nicht mehr weg. So auch wie England nichts nicht mehr räume, so verleihe es auch den Rhein nicht mehr. Sie habe in Wort und Schrift dafür agitiert. Anfolge dieses ekelhaften Gesprächs verließ ich wortlos mein Hotel und begab mich in den Gong; dies hat mein Nebenmann ebenfalls. Als jedoch der Zug in Bingerdrück eintraf, entfernte sich der Franzosenfreund heimlich, kam mit zwei französischen Soldaten zurück, sprach französisch mit ihnen und ließ den Ingenieur aus dem Zuge heraus verhaften, um mit verborgener Genehmigung zu seiner Dame zurückzuführen. So geschah am 22. September 1920 am deutschen Rhein. In Mainz liest das Schicksal aus, das melde den Vorfall dem Volksherrn, wo mir bedeutet wurde, daß ich mir froh sein könnte, daß der Herr nicht habe auch verhaften lassen; denn hier minime es von Deutschen, die nur auf der Bahn seien. Um deutsche Parteien unfähig zu machen, Bemerkens muß ich noch, daß der verhaftete Ingenieur bis heute noch nicht festgelassen worden ist.“

Wenn wir wirklich in Deutschland seine Handhabe sehen haben sollen, um den Treiben solcher Leute auf gefährlichen Wege ein Ende zu machen, dann müßte die Kammer sich entschließen auch zu anderen Mitteln greifen. Kein Volk der Erde läßt sich bezwungen ungeschickt stellen.



# Deutsche Stimmen in die Zeit

Wochenbeilage der Halle'schen Zeitung

Nr. 9 Halle/Saale + Sonntag, den 27. Februar 1892 1-9-21

## Friedrich der Große als Mensch

Von Dr. Hans Wernmann.

Henri de Catt, der Geschichtsforscher Friedrichs des Großen als schweizer Kriegsgeschehener, der Schlachtenjäger, von dem die Zeit (1758-60) ein Tagebuch\* ge führt, dessen belon- gende Wert darin zu finden ist, daß in diesen Aufzeichnungen eine Einheit von Genie, Verlässlichkeit und Mündigkeit im widerprüfbarsten Maßgrade offenbart. Es erhebt sich neu, ganz merkwürdig lebendig und frisch, freudig und heiter, überaus reichlich und lebenswürdig; dieses ist Mündigkeit Friedrichs. Da ist kein Starbheit, kein unvollständiges, kein überlegenes Genie, nicht unvollständiges, das sich lauter Menschlichkeit in Genialität und Verstand, in Aufmerksamkeiten im Gespräch, in Wohlwollendheit und trauter Gewohnheiten mitten im Feld- zuge, nach gewaltigen Siegen, nach schweren Niederlagen, — ein natürlicher, selbstverständlicher Ausdruck der tragischen Menschlichkeit und des doch an die Stunde gebundenen menschlichen Willens. Verständlich wird nun das große Lob des Philosophen von Sanctorius und das andere von allen Frit, und doch verurteilt sie fast im Nebel des Wahnsinns bei dieser unvergleichlich humanbildenden menschlichen Fügung und Haltung, die doch nicht weniger ist als die des Tieres, als Mensch, die vielmehr ganz gewiß, rein- des Menschentum ist und hier in unmittelbarer Natürlichkeit sich zeigt. Wir müssen diese Aufzeichnungen in der Tat nicht nur lesen; denn nirgends erhebt sich Friedrich getreuer, menschlicher und früher als hier. Ganz aus seiner Seele heraus verstehen wir nun sein unvergleichliches, gemessenes, aber unermessliches Königtum, sein Schicksal, das an oft unermessliche Verdienste gekettet war, deren zeh- nenteils alles geopfert werden mußte, und sein geniales Men- schentum, das als Pflichtgefühl weniger als aus Erkenntnis- nis nachschaffend und aus härtestem unbedingtem Willen des Schicksals sich ergab. Er kam sich selbst am und wieder um, und war in dieser verblüffenden Vielfältigkeit doch gerade der Eine im Wesen und Wirkung. Entgegen seinen Meinungen, entgegen seiner unfröhlichen Ge- stimmung ist sein Hauptwerk im ersten Jahr seiner Regierung ein selbstgewollter Krieg, und mit dem Krieg wird er ganz Königsmann, ganz Feldherr — und bleibt immer doch, der wir nur, ein geistigen und irdischen Bedürfnissen sich in jeder Lebenslage hingebender Mensch.

Es ist merkwürdig, daß die Tagebücher des Henri de Catt nicht längst in authentischer Form der Öffentlichkeit übergeben worden sind. Nach Siehe liegt dies einmal an der geringen Zugänglichkeit, dann an dem Dium der Un- zugänglichkeit, das ihnen lange Zeit anhaftete, das aber nur für die späte Bearbeitung der Memoiren, nicht für die Tagebuchblätter berechtigt ist. Erst 1884 veröffentlichte Henri de Catt die sehr ungedruckten und ganz verschiedenartig über- arbeiteten Manuskripte in zusammenhängender Form im französischen Originaltext, und die vorliegende Ausgabe bringt die erste deutsche Uebersetzung. Henri de Catt, ein Mann von Geburt, war allerdings ein ehrgeiziger und energiegeladener Behaupter, ein Genie, das in Unruhe die ein- zigerste Form von menschlichem Charakter, der nach höchsten Tode aus höchsten Aufzeichnungen, die seit 180 Jahre zurückzuführen, und aus tausend trüben Quellen ein Memoirenwerk zusammenführte, das bei aller Verwirrung Friedrichs nur allem den Zweck verfolgte, sich selbst in ein willkürliches Licht zu rufen. Sider ist, daß er im Jahre 1880 aus nicht ganz geklärt Gründen des Königs Gunit- ter, lieber aber ist auch, daß er im Jahre 1788, als er sich in und in ehrlicher Begeisterung, sorgfältig literarisch ge- bildet, während des Aufenthalts in Paris als des Königs Geschichtsforscher im Hauptquartier berufen wurde, Friedrichs unbedingtes Vertrauen besaß und verdient hat. Keiner unter die Tagebücher, „nötig unerschöpfliche Zeugnisse des Königs, mit dem die Persönlichkeit des Königs in ihrer Würde und zugleich in ihrer Lebenswürdigkeit den jugend- lichen Begleiter gelangt nahm“.

In einem trockenen Lateinisch hat Catt seine Auf- zeichnungen niederschrieben, was er es erliefte, knapp, unvollständig, impressionistisch, antiquarisch, unerschöpflich. Fried- richs stellt sich mit ihm über verlorenen Schlachten, er- zählend sich, brüht, verberstet um sich im die vollkommene Einzelheiten. Aber fast immer bringt er bald über auf literarische Gedächtnisse, für die er de Catt vor allem zu sich greifen hat. „Er sprach von den Russen und über Ge- schichte.“ Charakteristische Eintragungen ähnlicher Art finden sich häufig. „Die Dichterreiter haben ausgesprochen, daß ich den Krieg liebe. Das ist ganz falsch. Ein schönes Ver- gnügen! Was meinen Sie?“ Und dann atmet er auf beim Vorlesen seiner Lieblingsbücher oder bei der feingehilften- sten Zitate ihrer eigenen frühlichen Belegungen.

Am 16. kam ich um 1/8. Wir sprachen über Ulla. Der König erklärte mir die Schwengungen, die er für einen Plänenangriff gemacht hatte. Sie waren meisterhaft ausge- führt worden. Dann kam das Gespräch auf die Schlacht von Hochbühl, von der der König meinte, die Aufstellung der Kanonerie im Zentrum sei ein Fehler gewesen. Er hatte das Schlachtfeld gesehen und genau studiert.

Später auferte ich einige Gedanken über Racines Zuhörigkeit. Der König ließ einige gelten, meinte aber: „Man muß die Sachen nicht so sehr zerpflücken, das verbirgt den Kern. Soll ich Ihnen noch ein Stück vorlesen? Aber nach dem Akt nehmen wir eine Brille.“ Es war Waedra; der König wurde mehrfach Stellen auswendig. Als er beim dritten Akt war, kam die Nachricht von der Kapitulation von Schwabitz. Der König fragte den Adjutanten aus- er sprach von Verwundeten und ließ anschließend bei jeder Beschreibung.

An liebsten spricht der König über seine eigenen fran- zösischen Gedichte. Uden ihn, und über das französische Drama, besonders jauchend sind die Notizen über Voltaire, den der König liebt und hasst. Auch über lateinische Klaff- fer, über Butard, Seneca, Kurek wird viel gesprochen, und dies alles immer wieder mitten im Trübel des Feld- zuges, nach Schlachten, Erkundungsergebnissen, in schlechten Quartieren und. Di äußert sich der König in freimütiger Weise über religiöse Fragen.

„Ich las die Genes.“ Es ist das einzige Buch,“ sagte er, „das mich tröstet, wenn ich kummer habe. Sollten Sie dabei sein, wenn ich sterbe, werden Sie leben, doch ich ruhig davonzugehen; denn ich glaube, daß nach dem Tode alles zu Ende ist.“

„Ich sehe überall Schwierigkeiten,“ sagte der König, „man muß mit keinem Urteil zurückfallen. Gaben wir einen freien Willen, so weiß Gott nicht alles; sind wir untreu, so gibt es keine Tugenden und Koller.“

Der König las die Tugenden „Bekanntes von Kessel und die Kritik und lasse kein Urteil über die beiden. Wir sprachen über Metaphysik, er blieb dabei, daß Gott die Art erschaffen, nicht das Individuum. Ich beirrit es. Wie viel sind Sie,“ sagte er; „Sie glauben, daß Gott sich um Sie kümmert. Er kümmert sich nicht im geringsten um Sie und um mich. Ich bete zu: Mein Gott, wenn du wirklich existierst, sei meiner Seele gnädig, nämlich wenn ich eine habe.“

„Nun gehen Sie zu Bett und schlafen Sie. Das ist etwas, worin Sie sich üben können.“

Di ist es, als ob der König nach verlorenen Schlacht seine Fügung verliere, er bedarf dann mehrere Tage, um sich wiederzufinden. In erregender Weise schloß er Gatt zum Beispiel des Königs Stimmung nach der Niederlage bei Hochbühl:

Am 3. Uhr kam ich zum König. Er sprach über das Glück, er habe seit seiner frühesten Kindheit feins mehr ge- kannt. Er führte die Worte Ramonensis an: „Glücklich, wer fern der Welt lebt in einem bewohnten Stand.“

„Ich sage, nach meiner Meinung ist das Glück überall gleich verteilt, aber man könne es nur durch Weisheit genießen.“

„Es gibt zu viel Traurigkeit.“ Die Gefasenen: Warlich- keit, Zeit, Weisheit. Sie verlorenen Schlacht. — Aber possessum Arno tragisch, wenn ich will.“

„Ich las ihn in kleinmütiger Stimmung. Finden Sie es nicht seltsam, daß ich in so vielen Schlachten nie getroffen worden bin?“

Man berichtigte dem König, daß ein Dori in Flammen stünde. Es war ein schrecklicher Anblick. Man hörte das Geschrei von Menschen und Vieh. „Ich kam wieder zurück.“

„Ich will verstanden zu schlafen, aber es wird nicht möglich sein. Ich werde bald leben.“ In zwei Tagen haben Sie die Antwort von Wien, und dann werden Sie haben.“

„17. (Hochbühl 1788). Morgens befohlen. Ich fand den König traurig mit Tränen in den Augen. „Hier sehen Sie, leben Sie nicht, ich nicht, was ich nicht mag.“

„Ich war ganz ergriffen, der Fritzen in solchen Kummer zu sehen. Er gab mir Einblick in ein erregendes Schreiben an den Marquis, das er im vorigen Jahr in Erfurt über folgenden Punkt verfaßt hatte: Ob man sich nicht in seinem Unglück selbst den Tod geben kann.“

Daß die Tagebücher nebenbei über den Krieg selbst, über die preussische Armee, ihre Heerführer, einzelne Regi- mentier usw. eine Fülle interessanter, ja intimer Mit- teilungen enthalten, geht aus den Zitaten bereits hervor. Dankbar und zusammenfassender wird das Tagebuch in den späteren Zeiten. Zur Interpretation schwieriger Stellen wird auf Kellers Einleitung und seine ausführlichen Bemerkungen zu seiner Ausgabe der französischen Letzte ver- wiesen.

## Vom Führertum des Akademikers

Von Dr. Arno R. Wismarski-Halle.

Kein Zufall ist es, daß die deutschen Hochschulen im Inlande und Auslande besondere Wertschätzung bis jetzt ge- nossen, und kein Zufall ist es, daß die akademisch gebildeten Leute bisher in unserem Vaterlande besonders hochgeschätzt wurden. Diese Verehrung ist wohl in der That, und doch sogar in eine Ueberschätzung um, als ein Teil unersetz- liches und das sie oft offen gelangt — der mindergebildeten, nach aufwärts schauenden Teil, in dem eine, womöglich unter Opfern und Einschränkungen keine Kinder, auf höhere Schulen und später auf Hochschulen zu führen, vornehmlich aus dem Vorurteil heraus, der Mensch, welcher eine Hoch- schule besucht habe, gelte als etwas Höheres (allein um dieser Tatsache willen), er könne für sich ganz besondere Anprüche stellen, zumal wenn er einen Titel besitze. In diesen Kreisen fragte man wenig danach, ob der junge Mensch tatsächlich solche Begabung besitze, ob er dem Studium gewachsen sei und die akademische Verfassung für ihn selber und für die Volksgenossen von Glück sei. Es möge hier nur an die vielen akademischen Berufsspezialisten erinnert sein!

Die Hochschule oder Universität — universitas litte- rarium — soll, wie der ursprüngliche Name belegt, ihrem Wesen eine universelle, das heißt umfassende, Bil- dung vermitteln. Das war auch noch vor wenigen Jahrzehnten in fastem Umfang der Fall. Wozu ein Stu- dent die Universität, so lieb er sich bei einer der vier Fakultäten einschreiben, doch war es insofern Vorlesung, daß be- sonders eine Jurist nicht allein die Vorlesungen in der Rechtswissenschaft besuchte, sondern seine Bildung durch philosophische, geschichtliche, humanwissenschaftliche Vorlesungen ergänzte und vertiefte. Genie verlebte Theologen, Philo- logen, Mediziner und suchten sich auch in andere Wissensge- biete hineinzuwenden. Eine derartige Art des Studierens gestattete die Wertung der akademischen Berufe im öffentlichen Leben.

Der Abbruch zu den Hochschulen nahm zu, und insfol- ge dessen Arbeitverweigerung in den akademischen Berufen die- jenigen, deren Aufstiegswege nicht sonderlich groß war, nun dann eine Möglichkeit, ihr Ziel zu erreichen, wenn sie sich lediglich auf ihr Fachgebiet beschränkten. „Notwendig zu wissen, ist das, was in der Prüfung verlangt wird, alles andere ist Ballast,“ wurde ihr Leitwort. So entstand jene unerfreuliche Appas des „Vollstudiums“, der seine Wissen- schaft zur Eintracht erzwang. Hand in Hand damit entwickelte sich das Absetzverbot, um zu deutlich „Ein- bauertum“, man ließ sich von berufsmäßigen Einbauern für die Prüfung einschreiben. Besonders unter den Studenten der Rechtswissenschaft griff dieser Mißstand Platz. Man hat Pro- estoren und viele Vorbereitungskollegien sogar ganz ermüdet, auf bestimmte Fragen folgte die bestimmte, eingelernte An- wort; der hierauf gebrachte Student bestand — zum Schme- den der Wissenschaft — seine Prüfung womöglich besser als der- jenige, welcher die Antworten und Erklärungen erst durch eigene Denkarbeit zu finden strebte. Treffend urteilt Pro- fessor Anton E. Schönhaach über eine derartige Arbeits- weise: „Der abholierte Jurist oder Mediziner ist deshalb und an sich ebenmäßig ein geübter Mensch wie der Natur- forscher des Gymnasiums. Sondern bleibt Sander- schüler, der mit dem Mikroskop ausgeübt wird, aber mit dem Reserantenapparat eines alten Schriftstellers. Wer den Zusammenhang seines Wirkens mit dem seiner Zeit nicht versteht und nicht über die Schenklappen seiner Besondereit hinausblüht, wer seine Arbeit nicht mit der des modernen geistigen Lebens vergleichen kann und dadurch des Maßstabes für seine Leistungen entbehrt, der bleibt banal und ein Sanderer, obwohl er immerhin, und vielleicht nicht mit Unrecht, als eine schätzbare Kraft selbst in gelehrten Krei- sen gilt.“

Selbst ein Zustand über Berufsdressur führte dahin, daß die ursprünglich berechnete Hochachtung vor Trägern abaka- demischer Tugenden einer großen Zahl von ihnen un- gerecht wurde. Besser aber und das ist das Bedauerliche und Schädliche für Volk und Vaterland — sind die für ihr höheres, leitendes Amt Vorgesetzten gar nicht imstande, das zu sein, was das Volk in seinem ursprünglichen Empfinden von ihnen erwartete: Männer von Urteilskraft, Verständnis für die großen Fragen der Zeit. Männer mit Führer- eigenenschaft! In Stelle dessen trat bei den Wissenschaft- lichen der Zirkel, und gerade diese Art Leute in den akademischen Berufen trug durch ihren Todmüt nicht wenig dazu bei, eine Kluft zwischen Geistesarbeitern und Sander- arbeitern zu schaffen und zu vertiefen. Der Gebotene ab- rücker Volksgemeinschaft lag ihnen nicht, waren sie doch vornehmlich darauf bedacht, ihre „Vätere“ zu wahren.

Wahrhafte Erneuerung tut darum nicht so sehr in Re- gierung und Verwaltung, noch das sich schließlich nur andere Einrichtungen — sondern vornehmlich in den Trägern und Führern des öffentlichen Lebens selbst, zu denen doch ein erheblicher Teil der Akademiker gehört. Wer heute beantragt, als Rechtskundiger, Volkswirt, Seel- forger, Lehrer der Jugend, leitender Ingenieur, Baumeister, Chemiker oder als Arzt Führer der ihm nachgeordneten oder anvertrauten Kräfte zu sein, er hat um der Wahrhaftigkeit seines Führertums und um der deutlichen Volksgemeinschaft halber die heilige Aufgabe, sich ernsthaft mit den Hauptfragen der Geschichte, des Staatslebens, der wirtschaftlichen Zusammen- hänge und der geistigen Erziehung zu beschäftigen. Finden diese Mitarbeiter, Unterbenen, Schüler jenes schlichte, ruhige und bestimmte Urteil, das den wahrhaft Wissenden auszeichnet, so werden sie ihm willig und ver- trauensvoll Gehorsam leisten. Das dunkelste Herbizid eines Herennianen mit angeleitetem Fortschritt wird je- doch weiterhin zersetzend wirken. Auch heute noch kann der wahrhafte Führerreichend Bedeutendes leisten und großen Einfluß zum Guten haben, wenn er willlos an seiner Weiter- bildung und seinem Charakter arbeitet, vorbildlich in Leben und Wirkung im bewussten Genossen zu jenen Schmarozern, denen Stübgen, Fügungen und Geleitenerei die gleichen Begriffe sind, um sich einen bequem, nach außen hin ange- sehenen Ruf zu sichern.

Uniere Lehrer an Hochschulen und höheren Schulen haben um des Volkstums und der wahren Bildung willen die heilige Pflicht, das ihre zu tun, um festzustellen, ob ihre Studenten und Schüler tatsächlich für den wissenschaftlichen Beruf geeignet sind, ob es Menschen mit willfälliger Denk- fähigkeit und eigenen Gedanken sind, oder ob sie nur wohl- gefällige Examenkandidaten vor sich haben, welche mit einigem Glück in ausdehntreiche Kaufbahn streben.

Um wieder zu gelangen, brandt unser Vaterland keine „Rosenkranzturnier“, sondern urteilsfähige Denker, willensstarke Führer. Hier unerschütterlich die Op- portunismus zu sondern, ist die schwere und hohe Aufgabe der gesamten akademischen Lehrerschaft. Den an- gebenden Akademikern aber man Friedrich Nietzsche das Ziel weisen mit dem Worte „Trachte ich denn nach Glück?“ Ich trachte nach meinem Werke.“

\*Tagebücher des Henri de Catt, überlegt von Clara Fretz, Herausgeberin von Henry de Catt, Verlag Suttner Steudner.

